

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mack'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

### Bezugspreis:

Halbjährlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsbezirk, sowie im In- u. Ausl. 85 Goldpf. m. Postbeleg. Preise freierliegend, Nachlieferung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen u. Zustägerinnen jederzeit entgegen.

Einzelnummern 10 Goldpf. C. M. - Ausgabe Neuenbürg.

### Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpf. Rekl.-Zeile 80 Goldpf. m. Postbeleg. Kollekt.-Anzeigen 100 Goldpf. Mehrere und Ausnahmestellung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinsichtlich nicht, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Antragsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Bestimmungen außer Kraft. Preisänderung Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird besonderer Gewinn übernommen.

Nr. 296.

Freitag, den 18. Dezember 1925.

83. Jahrgang.

### Deutschland

**Stuttgart, 17. Dez.** Ueber die Weinstille usw. haben die Wg. Gauß und Wenosien (Str.) kürzlich eine Antizipation an die Regierung gerichtet, auf die nun folgende Antwort gegeben wurde: „Das Staatsministerium ist bereit, dafür einzutreten, daß für Wein in weiteren Handelsverträgen nicht unter die mit Italien vereinbarten Zollsätze herabgezogen wird. Für Südtirol ist die Zoll- und handelspolitische Lage zu verschieden, als daß für sie die gestellte Frage allgemein bejaht werden könnte. Was die Weinstille anbelangt, so ist in dem Beodisforum mit Spanien lediglich der Zollsatz für roten Weinstamm neu geregelt worden.“

**Karlsruhe, 17. Dez.** Die Militärkontrollkommission wird Karlsruhe am 4. Januar 1926 verlassen. Die Kommission bestand aus zwei Offizieren, sowie sechs Unteroffizieren und Mannschaften, die seit Dezember 1918 im Hotel „Germania“ untergebracht waren.

**Berlin, 17. Dez.** Der Berliner Magistrat beschloß, sämtliche freizubehaltenden Wohnungen von fünf Zimmern aufwärts ab 1. Januar 1926 der Befehlsgewalt durch die Wohnungsgewerkschaft zu übertragen. Weiter hat der Berliner Magistrat beschlossen, zur Deckung der Ausgaben für die Erwerbslosen die Tarife der Straßenbahn und Elektrizität zu erhöhen. Aus der Erhöhung der Elektrizitätspreise rechnet man mit einer Mehreinnahme von 4 Millionen M.

### Vereinfachung der Staatsverwaltung.

**Stuttgart, 16. Dez.** In der Begründung des bereits bekannt gewordenen Gesetzentwurfs zur Vereinfachung der Staatsverwaltung wird ausgeführt, daß die Zentralverwaltung des Landes der Vereinfachung bedarf. Unter den fünf Ministerien haben eine Anzahl Landesmittelbehörden, deren kollegiale Organisation (Landeskollegium) nicht nötig ist, oder die zum Teil entbehrt werden können. Soweit sie beibehalten werden, sollen sie den Ministerien angegliedert, auch zur Erleichterung besonderer Ministerialbehörden mit der Vereinfachung im Ministerium beantragt werden, soweit dies zweckmäßig ist; teilweise ist dies bisher schon der Fall. Die Bedingnisse der Zeit erfordern freien Spielraum für die Verwaltung, weshalb die Wahl unter den verschiedenen Formen der Organisation nicht durch Gesetz, sondern durch Verordnung des Staatsministeriums getroffen werden soll. Im Bereich des Wirtschaftsministeriums ist davon gedacht, die Zentralstelle für die Landwirtschaft, das Landesgewerbeamt und das Gewerbe- und Handelsaufsichtsamt als selbständige Behörden aufzuheben und dem Wirtschaftsministerium einzuverleihen oder anzugliedern. Im Bereich des Kultusministeriums soll der evangelische und der katholische Oberkirchenrat beibehalten, ihre kollegiale Organisation dagegen aufgehoben werden; auch sollen sie die Verwaltung der Kirchenämter übernehmen. Sie würden künftig Landesamt für die evang. bzw. kath. Volksschulen sein. Die beiden Ministerialstellen für die höheren Schulen und die Fachschulen sollen als selbständige Ämter aufgehoben und mit dem Kultusministerium vereinigt werden; die höhere Organisation bleibt vorbehalten. Soweit die Landesmittelfstellen aufgehoben werden sollen, tritt eine wesentliche Verbilligung der Verwaltung nur ein, wenn man die Grundzüge über die Einfügung der Stellen in den Ministerien und die Ministerialstellen auf die in das Ministerium übernommenen Beamten der Mittelstellen nicht überträgt. Da mit einer Reform dieser Grundzüge zu rechnen ist, so sollen sie bis dahin nicht angewendet werden. Die Vorarbeiten sollen künftig in der Regel zur klaren Unterscheidung von den Abteilungen der Ministerien die Bezeichnung „Landesamt“ führen.

### Abbau der Poststoffstelle beim Ministerium des Innern.

Schon in dem Bericht über die wirtschaftliche Lage des Landes, der auch der würt. Regierung zugeht, vom 1. Okt. bis 31. Dezember 1924 hat die Postverwaltungen Rentlingen darauf hingewiesen, daß für die Tätigkeit der Poststoffstelle ein wirtschaftliches Bedürfnis nicht mehr vorliegt, weil die Eigenwerke und die Postverwerke voll und ganz in der Lage seien, den Bedarf an Holz für den Wohnungsbau zu decken und nach Aufstellung der Kammer Vorteile für den Bauenden bei der Zusammenfassung von Holz nicht mehr vorliegen. Deshalb sah sich die Kammer neuerdings wiederum veranlaßt, daß vom würt. Landeshauptmann und der Arbeitsgemeinschaft des würt. Landbaus aus eine Eingabe der Regierung unterbreitet und gefordert wird, daß die Poststoffstelle zur Aufhebung gelangt.

### Die staatlichen Holzverkäufe in Württemberg.

Auf die Kleine Anfrage des Wg. Dr. Mauthe (Dem.) hat im Landtag die Regierung wie folgt geantwortet: „Das Forstamt Wildbad (und Weiskern) hatte am 27. November einen Auktionsverkauf im forstlichen Auftrage abgeschlossen. Zum Verkauf waren gestellt 207 Festmeter H. und T. mit 52 Festmeter N. Hierfür ergab sich im Durchschnitt des Forstamt Weiskern 18 Prozent für Nichte und Tanne und des Forstamt Wildbad 100 Prozent für Nichte und Tanne und 105 Prozent für Forde. Bei dem mündlichen Auktionsverkauf vom Forstamt Derrersalb mit 2750 fm. H., T., N. am Donnerstag, den 3. Dezember, betragen die Gebote auf das Holz 83 bis 115 Proz. bzw. 103 Proz. Die rückliegenden Erträge betragen im Landesdurchschnitt im Monat September für Nichte und Tanne 138 Proz., für Forde und Lärche 125 Proz., im Monat Oktober für Nichte und Tanne 132 Proz., für Forde und Lärche 150 Proz., im Monat November für Nichte und Tanne 128 Proz., für Forde und Lärche 120 Proz. Von den drei vorgenannten Forstämtern wurden neuer für Stammholz erzielt bei Nichten und Tannen: vom Forstamt Weiskern 135 Proz. (Forde 131 Proz.), vom Forstamt Wildbad 129 Proz. (Forde 131 Proz.), vom Forstamt Derrersalb 138 Proz. (Forde 127 Proz.) Da die Angebote bei den beiden

Verkäufen weit hinter den bisherigen Erlösen zurückblieben, so wurden beim Forstamt Wildbad (und Weiskern) nur 400 Festmeter sofort zugelassen. Inzwischen sind zum Teil erhebliche höhere Angebote auf die meisten zurückbehaltenen Lose erfolgt, so daß eine größere Anzahl derselben nachträglich zugelassen worden ist. Bei dem Forstamt Derrersalb sind in der Zwischenzeit ebenfalls Nachgebote eingelaufen, über die am 16. Dez. das Forstamt entscheiden soll. Es hat aber das selbst eine größere Firma, die von den übrigen Holzkaufmann in der Regel nicht gefordert wird, auf das ihr zunächst liegende Holz nur Angebote zwischen 80 bis 100 Proz. abgegeben, so daß für dieses keine Aussicht auf eine Einigung zwischen dem Forstamt und dem Käufer besteht. Das nicht abgegebene Holz wird voraussichtlich später wiederholt angeboten werden. Wenn die Forstämter auf Angebote keinen Zuschlag erteilt haben, die soweit teilweise bis 40 v. H. unter den bisherigen Preisen lagen, so kann daraus nicht gefolgert werden, daß die behaupteten Preisabsenkungsbestrebungen nicht ernsthaft gemeint seien.“

### Zahlungsschwierigkeiten der Stadt Dortmund.

Zu der Zeitungsmeldung über Zahlungsschwierigkeiten der Stadt Dortmund teilt der städt. Beschäftigte mit, daß die Stadt im wesentlichen infolge der Unmöglichkeit einer Anleihebeschaffung und der Verzögerung des Steuerertrags genau so wie viele andere Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in eine schwierige Lage gekommen ist, jedoch noch nicht reichlich, ob die Ende Dezember fälligen Gehälter zur Auszahlung kommen können. Vorstandsleiter seien deshalb für eine etwaige Kürzung der Gehälter die erforderlichen Maßregeln eingeleitet worden.

### Die Abrüstung bei Krupp.

**Essen, 16. Dez.** Wie JNS. erfährt, hat nunmehr die Firma Krupp sämtliche Entwaffnungsforderungen erfüllt. Die letzte der 36 Maschinen zur Fabrikation von weittragenden Geschützen, die seinerzeit zum Bombardement von Paris verwendet wurden, sind vernichtet worden. Der britische Kommissar zur Überwachung der Abrüstung wird am 17. Dez. nach England zurückkehren und der französische Kommissar am 1. Januar Essen verlassen. Die Firma Krupp darf in Zukunft jährlich vier 17-Zentimetergeschütze herstellen; sie darf aber keine Gewehre und keine Geschütze fabrizieren und kein Kriegsmaterial exportieren.

### Die Kosten der Reichsfinanzverwaltung.

**Berlin, 16. Dez.** Ueber die Kosten der Reichsfinanzverwaltung werden neuerdings aus unbekannter Quelle erschreckende Zahlen in die Welt gesetzt, die geiziger sind, verwirrende Behauptungen hervorzuheben. Nach Gerüchten, die im einzelnen von einander mehr oder weniger abweichen, sollen die Kosten der Reichsfinanzverwaltung rund 2 1/2 Milliarden betragen, zu denen vermeintlich noch die Kosten des Ministeriums selbst mit rund 370 Millionen hinzutreten. In Wirklichkeit haben sich die Unkosten der Abgabenverwaltung in den letzten Jahren mit geringen Schwankungen zwischen 1 und 5 Prozent bewegt. So betragen die Einnahmen der Reichsfinanzverwaltung im Jahre 1924 7 359 155 206 M.M., die Gesamtausgaben 306 508 463 Reichsmark, d. h. 4,14 Prozent von den Einnahmen.

### Flüchtlingsfrage von Hemmerdörfern.

Die „Vossische Zeitung“ meldet, daß in der Nacht vom Montag zum Dienstag die in dem Landesgerichtsgefängnis von Landberg an der Warthe inhaftierten Mitglieder der Schwäbischen Reichsbewehr einen Fluchtversuch unternahmen, der aber mißlang. In dem Gefängnis befanden sich der Leiter der „Schwäbischen Reichsbewehr“, Oberleutnant Schulz, der mehrere Hemmerdörfer verdächtige Helmut Klapproth, der Oberführer Giesler und noch einige andere Mitglieder der „Schwäbischen Reichsbewehr“, die verdächtig sind, Beiträge zu Hemmerdörfern geleistet zu haben. Die Inhaftierten hatten zwei Strafgefangenen des Gefängnisses 300 M. verprochen, wenn sie ihnen zur Flucht verhelfen würden. Die Strafgefangenen überließen darauf einen Aufheber und verließen, ihm die Schlüssel mit auf den Flucht. Auf die Hilfe der Wächter eilten jedoch andere Aufheber hinzu und überwältigten die beiden Strafgefangenen.

### Sachsen

**Bern, 17. Dez.** Zwischen dem Chef des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Schulthess, und dem deutschen Reichsminister in Bern sind die Ratifikationsurkunden bezüglich des am 6. 11. 1925 in Bern abgeschlossenen vorläufigen Zollabkommens zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich ausgetauscht worden. Die in diesem Abkommen festgesetzten Zölle sind mit dem heutigen Tag in Kraft getreten.

**London, 17. Dez.** Japan verläßt seine Truppen in der Mandchurien und treibt auf einen Konflikt mit den kämpfenden chinesischen Generalen hin.

### Die Entscheidung in der Rossfrage.

**Genf, 16. Dez.** Der Völkerverbund verhandelt heute abend 6.30 Uhr durch seinen Berichterstatter Under die Entscheidung in der Rossfrage. Die türkische Abordnung hat an der Sitzung nicht teilgenommen. Die Entscheidung ist gegen die Türkei ausgefallen und läßt im wesentlichen die Präfekturlinie als endgültige Grenzlinie zwischen der Türkei und dem Irfak bestehen. Die Entscheidung wird jedoch abhängig gemacht von dem Abschluß von Wirtschaftsabkommen zur Vereinfachung des Handelsverkehrs zwischen der Türkei und dem Russischen Reich. Über das Rossgebiet und die Wasserwege des Irfak. Vor der Verlesung der Entscheidung wurde ein Brief des türkischen Außenministers verlesen, worin dieser unter Hinweis auf die wiederholten Erklärungen der türkischen Abordnung über die Grenzen ihrer Vollmacht darauf hinweist, daß den türkischen

Vermittlungsvorschlägen niemals Folge geleistet worden sei und daß der Rat es angeht, die Vermittlung auszuüben. In dem Briefe wird hinzugefügt, unter diesen Umständen erklärt die türkische Abordnung diesen Vermittlungsvorschlag für null und nichtig. Die Sonderminister der Türkei haben durch die Entscheidung des Rates unterläßt, da ihre Rechte auf das Rossgebiet nur mit ihrer eigenen Zustimmung ausüben könnten. Der Italiener Scialoja sprach sein Bedauern darüber aus, daß die türkische Abordnung nicht erschienen sei, erklärte aber, daß der Rat auf Grund des Art. 3 des Vertrags von Lausanne trotzdem eine Entscheidung verhandeln könne.

### Die Umgruppierung der Besatzungsgruppen.

**Paris, 16. Dez.** Nach einer Verordnung des französischen Kriegsministeriums finden am 1. Januar 1926 folgende Umgruppierungen der französischen Besatzungsarmee statt: Das 2., 28. und 56. Regiment algerischer Schützen wird aus dem Rheinland herangezogen; ihre Stäbe werden nach Metz, Straßburg und Bourg verlegt. Der Stab der 3. Dragonerbrigade sowie die Dragonerregimenter 5 und 26 werden gleichfalls nach Frankreich zurückgezogen. Das 2. Regiment 21 wird nach Algerien verlegt. Ein Depot der 1. Spahibrigade kommt nach Frankreich; ebenso wird das 5. Spahiregiment nach Frankreich zurückgezogen, während das Depot des 6. Spahiregiments vorübergehend nach Landau verlegt wird.

### Die Waffenstillstandsbedingungen der Drausen.

**Paris, 16. Dez.** Aus Damaskus wird gemeldet, daß die ausländischen Deputierten bis zur Erfüllung der nachstehenden Bedingungen die Waffen nicht niederlegen werden: 1. Bildung eines syrischen Landesparlamentes; 2. Einsetzung einer Regierung mit französischer Ratgeber; 3. Bildung einer kleinen syrischen Armee mit französischem Ausstattungspersonal.

### Deutschland bezahlt alles.

Über 111 Einwohner der Stadt Völk sind Strafverurteilt wegen Betrugs bei Annehmung der Kriegsschäden eingeleitet worden. Die Voruntersuchung hat fast zwei Jahre gedauert. Nach der Anklageschrift sind fast 250 Millionen Franken zurück angefordert und auf Reparationskonto ausgegahlt worden. Unter den Angeklagten befinden sich eine Anzahl Stadträte des Magistrats in Völk.

### Gerech für Räumung und allgemeine Entwaffnung.

**London, 17. Dez.** Lord Bryce hielt gestern eine Rede, in der er sagte: Die Besetzung Deutschlands durch die Franzosen mehr als England. Aber ihre Dauer und ihr Umfang sollte nicht vom Friedensvertrag von Versailles, sondern mehr von dem Geiste von Locarno bestimmt werden. Zur Abrüstungsfrage erklärt er, Deutschland müsse als nächsten Schritt, wenn es einverstanden bleibe und seine Verpflichtungen erfülle, alles tun, damit Entwaffnung nicht eine Erniedrigung und einzig dastehende Verpflichtung bedeute, sondern ein Teil der normalen Verhältnisse sei, die in Deutschland und bei seinen Nachbarn herrschen.

### Keine Einschränkung der englischen Aufrüstungen.

**London, 17. Dez.** Der englische Luftfahrtminister wies gestern im Unterhaus darauf hin, daß die britischen Luftkräfte, denen der nächstgelegenen Weltmächte im Verhältnis von einer Einheit gegen drei unterlegen seien. Die Regierung habe die Lage sehr sorgfältig geprüft und sich in dem Sinne entschieden, daß selbst angesichts der Notwendigkeit zu bauen, wichtige britische Verteidigungsinteressen nicht in Gefahr gebracht werden dürften und daß deshalb das Ausbauprogramm für die Luftkräfte nicht angehalten werden dürfe. Die Streitkräfte zur Verteidigung des Mutterlandes in Höhe von 52 Geschwadern sollten allmählich vollständig gemehrt werden, doch sei England infolge des Locarnovertrages geneigt, das Ausbauprogramm für einige Zeit zurückzustellen. Der Minister richtete dann noch eine Warnung an alle Nationen, dem englischen Beispiel zu folgen und ein Wettrennen zu vermeiden.

### Am Vorabend eines kriegerischen Konflikts?

**London, 16. Dez.** Gerüchten zufolge konzentrierte die Türkei ihre Truppen an den Grenzen des Mossambik. Im Kriegsministerium und der Admiralität trifft man vorbereitende Maßnahmen, um ebenfalls türkische Angriffen entgegenzutreten zu können. Wenn eine kriegerische Demonstration stattfinden würde, würde sie an den Meerengen und in Sueskan erfolgen. Einige Besenruhigung erregt die Haltung Frankreichs. Man befürchtet, daß im Falle eines englisch-türkischen Konflikts Russland nicht unartig beiseite stehen würde.

### Aus Stadt, Bezirks und Umgebung

**Neuenbürg, 17. Dez.** Am 16. Dezember waren im Bezirk Neuenbürg 30 männliche und 7 weibliche unterkühlte Erwerbslose mit zusammen 441 Zuschlagsempfehlungen vorhanden. Die meisten dieser Erwerbslosen entstammen aus die Gemeinden Birkenfeld (66), Calmbach (56), Loffenau (31) und Wildbad (26). Gegenüber dem Stand vom 1. Dezember ergibt sich ein Zuwachs von 201 Erwerbslosen.

**Neuenbürg, 17. Dez.** (Zum Weihnachtslied.) Mit jeder Feiertage schenken der christlichen Feste ist das Weihnachtslied untrennbar verbunden. Die größten Konfessionen haben das ihrige getan, das Fest durch ihre Kunst in erhöhtem Glanz erstahlen zu lassen. Da ist der große Meister Johann Sebastian Bach mit seinem Weihnachtsoratorium und mit seinem wohl am meisten bekannten „Kom Dimmle hoch, da komm ich her“. Auch der Heidelberger Philipp Wolfram schuf schöne Weihnachtsweisen, z. B. das alte Lied „In der Stube, lieber Joseph mein, bist mir wiegen mein Kindlein“. Eins der schönsten Weihnachtslieder, das wohlbesamte „Für Kinderlein

rl. hiesigen

(-G.)

eier!

nen und Männer von werden mit ihren An- 20. Dezember, woffen „Sonne“ Wirt zu einem

ammensein

ehrere 1860er.

elertage

Robert Leicht a. F.

ichneten

chts=

K

ross.

in Fass und

entgegen:

Bierniederlage,

Bierniederlage,

ch.

Bierniederlage,

chwabenbräu“.

000.-

Betriebsverweigerung an Kennerheit und Stellung Geschäftshand im on 78000.— sei n. 223 an Rudolf Mosse.

Auf Kredit!

en Schuh

Auf Kredit!



kommt" verbannt seinen Ursprung dem schwäbischen Kinderfreund Christoph v. Schmidt. Unter den zahlreichen Liedern, die zum Feste die Herzen erfreuen, nimmt aber wohl eins den ersten Platz ein, ohne das wir uns heute Weihnachten kaum noch denken können. Es ist das vor 101 Jahren von dem Piarer Robr und Lehrer Gruber aus der Gemeinde Oberdorf in Salzburg gedichtete hym. komponierte "Stille Nacht, Heilige Nacht".

**Rechenburg, 17. Dez.** (Eisenbahnfackel.) Ein Arbeiter, der nur in der Weihnachtswache oder in der Neujahrswache kurz (3 Tage) arbeiten, sonst aber voll beschäftigt sind, werden Kurzarbeiterwachen nicht ausgegeben.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck über Süddeutschland behauptet sich. Für Samstag und Sonntag ist immer noch trodenes und frostiges Wetter zu erwarten.

**Wienfeld, 17. Dez.** Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Sängervereinigung des hiesigen 1. Fußballklubs sich keine Gelegenheit entgehen läßt, durch schöne Lieder Neujahrswachen zu erfreuen und zu erheitern. So haben die Sänger in letzter Zeit ihrem Gesangsleiter Wilhelm Lieb, der kürzlich infolge eines Weindrucks im Bezirkskrankenhaus in Rechenburg liegt, einen gemeinsamen Krankenbesuch abgestattet und ihn und andere Kranke mit einigen schönen Liedern erfreut.

### Württemberg.

**Corb, 17. Dez.** (Vorzugsrente.) Die Beamten der Bezirksfürsorgebehörden des Schwarzwaldkreises haben sich mit dem Vorstand des beteiligten Versorgungsamts Rottweil hier verhandelt, um sich über die ihnen gemeinschaftlich zugewiesenen Aufgaben auf dem Gebiet der Vorzugsrente zu beraten und auszusprechen. Den beteiligten Stellen erwächst bei der Prüfung der Frage des Wohnplatzes, der Staatsangehörigkeit und der Bedürftigkeit eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, doch es war wohlwollend festzustellen, daß die beteiligten Kreise befreit sind, das Los der hilfsbedürftigen Kleinrentner und der Veteranen der Arbeit zu erleichtern suchen. Möge die Aussprache gute Früchte zeitigen.

**Essingen, 17. Dez.** (Brandstiftung.) Das Schwurgericht hat die 32 Jahre alte Katharine Jeller, geb. Streicher, wegen Brandstiftung zu 1 Jahr Zuchthaus und ihren Ehemann, den 41 Jahre alten Tagelöhner Bernhard Jeller wegen Beihilfe zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Frau Jeller hatte im Oktober d. J. ihre Wohnung in Hammerhald, Ode, Unterrombach, angezündet, weil sich das betr. Haus in einem lässigen Zustand befand. Die Wohnung war ihnen vom Schultheißenamt zugewiesen worden. Der Gebäudeschaden betrug 10 000 M., der Mobiliarschaden 5400 M., betragen.

### Ein unangenehmes Vergnügen.

Die Evang. Pressekorrespondenz schreibt: Jede Zeitung gibt heute tagtäglich Kunde von der ungeheuren Wirtschaftskrise, die schwer auf fast allen Erwerbszweigen in Stadt und Land liegt. Aller Voraussicht nach wird sich in den kommenden Wintermonaten der Ernst der Lage noch verschärfen. Da hängt es beinahe unglücklich, daß man in manchen Kreisen sich bereits wieder auf eine möglichst ausgiebige Feste der Fastnacht vorbereitet. Es soll nicht bestritten werden, daß der feierliche feierliche Feiern wirtschaftlichen Nutzen bringt, aber ebenso sicher ist, daß er viele Familien und Einzelpersonen in schmerzliche wirtschaftliche und sittliche Not führt. Auf alle Fälle ist es in der gegenwärtigen Lage unerses Volkes ein höchst unangenehmes Vergnügen. Man kann daher der bayerischen Staatregierung nur recht geben, wenn sie kürzlich in einem Erlass über den Karneval ausgesprochen hat: "Es ist nicht an der Zeit Feste zu feiern. Nur der volle Ernst der Lebensführung, ungedrossene Arbeit und peinliche Sparbarkeit vermögen aus der schweren wirtschaftlichen Bedrängnis herauszuführen." Und namentlich muß man bei in diesem Erlass enthaltenen Mahnung an die in glücklicher Lage befindlichen zutreten, sie mögen der Not ihrer Mitmenschen eingedenk sein und ihre Mittel in den Dienst der Wohltätigkeit stellen, statt sie an kostspielige Feste hinzugeben. Man kann sich in der Tat nicht leicht vorstellen, welche maßlose soziale Verkümmern gerade jetzt durch eine öffentlich zur Schau getragene ausgelassene Vergnügenslust hervorgerufen wird.

Unter den gegebenen Verhältnissen werden weitest Volkstrotze der württembergischen Regierung unbedingt zustimmen, daß sie sich entschließen, nicht nur an den Beschränkungen festzuhalten, die sie dieses Jahr für die Fastnachtveranstaltungen festsetzt, sondern zu der Uebung der vergangenen Jahre zurückzuführen und alle öffentlichen Fastnachtveranstaltungen zu untersagen. Eine Einrede dieses Inhalts ist soeben vom Vorstand des Evangelischen Volksbundes an die württembergische Staatregierung gerichtet worden. Die Erfahrungen, die man mit der größeren Freiheit für Karnevalsfeste dieses Jahr in Württemberg gemacht hat, sind vielfach schmerzlich genug gewesen und würden im kommenden Jahr doppelt und dreifach verberend wirken.

### Verhandlung des württ. Sparkassen- und Giroverbandes.

**Stuttgart, 16. Dez.** In der am letzten Montag abgehaltenen Verbandssammlung des württ. Sparkassen- und Giroverbandes erläuterte Bürgermeister Dr. Dollinger den Geschäftsbericht. Er betonte, daß das große Kreditbedürfnis, das hier besonders auch bei den öffentlichen Körperschaften bemerkbar machte, naturgemäß von den Sparkassen nur teilweise befriedigt werden konnte. Das Kreditbedürfnis war allgemein so groß, daß auch die Auswirkung der heutigen Ernte so gut wie keine Erleichterung geschaffen hat. Heute verfügt tatsächlich die Stadt das Geld mit Krediten, denn allein die Anlagen der hies. Spar- und Girokassen Stuttgart bei der württ. Girozentrale betragen um die Hälfte mehr als die Anlagen der gesamten übrigen Sparkassen des Landes. Rund 97 Prozent der gesamten verfügbaren Mittel der Girozentrale wurden an öffentliche Körperschaften und nur etwa 3 Prozent an Private ausgeliehen. Infolge dieser Praxis hat die Girozentrale trotz der vielen Zusammenbrüche im Wirtschaftsleben nicht den geringsten Ausfall erlitten. Auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge haben die Sparkassen eher zu viel als zu wenig geleistet. Nur 2 Klassen haben die normalen Grenzen für Wohnungskredit — 30 Prozent des Sparkassens — eingehalten. Alle übrigen sind, zum Teil bis zu 100 Prozent, darüber hinausgegangen. Der württ. Kreditverein, dessen Aktien größtenteils im Besitz der Girozentrale sind, hat einen verhältnismäßig günstigen Bilanzablauf. Viel Sorgen und Arbeit bringt den Sparkassen das Aufsichtswesen, das in seiner heutigen Form kaum durchführbar erscheint. Das beste Mittel, eine möglichst glückliche Fortentwicklung durchzuführen, besteht darin, daß den Sparkassen möglichst viele Gelder im Spar- und Giroverkehr zuzuführen. Ein Blick in die nähere und weitere Zukunft läßt die Dinge nicht in rosigem Licht erscheinen. Die wirtschaftliche Krise mit all ihren schlimmen Folgen ist offenbar noch nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt. Direktor Hoßl erstattete den Geschäftsbericht der württ. Girozentrale für 1924. Die Sparkassensparbänke in Württemberg sind von Ende 1924 mit 28 Millionen M. am 1. Januar 1925 wieder auf 66 Mill. M. und 31 Mill. M. Depositen angewachsen gegen 68 Mill. M. im Jahr 1924. Die Zahl der Sparkassen ist auf gegen 200 000 angewachsen. Im Giroverkehr betrug im November d. J. das

Geld 57 Mill. M. bei 91 288 Teilnehmern. Günstig ist die Entwicklung der deutschen Versorgungsbank. Die Verleihungssumme beträgt heute in Württemberg über 20 Mill. M. Der Direktor Müller betonte, daß durch Vermittlung der Girozentrale in diesem Jahre 8-9 Mill. M. Sonderkredite für Landwirtschaft und Gewerbe bereitgestellt seien. In der Sitzung erfolgte auch die bereits gemeldete Wahl des Mitglieds a. D. Dr. Schall zum Vorsitzenden.

### Handel und Verkehr.

**Stuttgart, 17. Dez.** (Landesproduktionsbericht.) Die amerikanischen Termindellen melden in den letzten Tagen wieder Erhöhungen. Dementsprechend sind auch die Forderungen für Auslandsware wieder teurer. Der Geschäftsgang bleibt trotz allem schleppend. Die Preise sind unerschütterlich: Weizen 22,50-24,75, Sommergerste 19-22, Roggen 18-18,50, Hafer 17-19, Weizenmehl 43-44, Brotmehl 35-36, Mele 2,25-2,75, Weizenmehl 6,50-7,50, Kleber 7,50-8,50, drahtgepreßtes Stroh 4,75-5,25 Mark pro 100 Kg.

**Stuttgart, 17. Dez.** Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 68 Ochsen (anverkauft 15), 11 Bullen, 141 (10) Jungbullen, 140 (25) Jungrinder, 37 Kühe, 498 Kälber, 900 Schweine, 9 Schafe und 1 Hase. Erlös aus je 1 Tr. Lebendgewicht: Ochsen 1, 46-51 (letzter Markt: 47-51), 2, 34-44 (unv.), Bullen 1, 50-52 (50-53), 2, 40-48 (41-48), Jungrinder 1, 52-56 (unv.), 2, 41-49 (41-50), 3, 25-38 (35-39), Kühe 1, 30-41 (unv.), 2, 18-28 (unv.), 3, 13-17 (unv.), Kälber 1, 72-78 (71-75), 2, 66 bis 70 (65-70), 3, 59-65 (58-64), Schafe 1, 61-65 (62-68), 2, 36-58 (unv.) Schmeine 1, 90-91 (93-94), 2, 88-89 (91-93), 3, 86-87 (88-90), 4, 82-84 (85-87), Sauen 58-78 (60-80) Mark Marktverlauf: Bei Kälbern befeht, Großvieh und Schweine langsam, Ueberhand.

**Forstheim, 16. Dez.** (Schlachthofmarkt.) Ausgetrieben waren 167 Tiere und zwar: 3 Ochsen, 3 Kühe, 4 Rinder, 80 Kälber, 30 Schafe, 47 Schweine. Marktverlauf lebhaft. Markt geräumt. Preise für ein Hund Lebendgewicht: Großvieh wie am Montag, Kälber 68-74, Schweine 89-93.

Die Preise gelten für mästlichen gemogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stadl für Fracht Markt- und Verkaufssteuern, Umlagesteuer, sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

### Auf den kupfernen und silbernen folgt nunmehr der Goldene Sonntag.

Von ihm erwartet die Geschäftswelt das Hauptergebnis im Weihnachtsgeschäft. Die Zeitverhältnisse sind keine rosigen, Geldknappheit herrscht überall. Aber auf Weihnachten, dem Fest der Liebe, des Gebens und Schenkens, wird Außerordentliches geleistet. Sache des klugen und erfahrenen Geschäftsmannes ist es, sein Weihnachtsgeschäft einem möglichst großen Kreis von Verbrauchern zu unterbreiten. Weihnacht-Anzeigen finden im Bezirksamtsblatt „Der Enztaler“ weitest und wirksamste Verbreitung.

### Neuere Nachrichten.

**Kreisau, 17. Dez.** Die Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anzahl von 46,2 Millionen Reichsmark vorgelegt, die ausschließlich für verbundene Anlagen des Staates verwendet werden soll. U. a. soll eine Erhöhung des Aktienkapitals der Badischen Landesstraßenverkehrsverwaltung-Badenerwerke von 18 auf 21 Millionen Reichsmark erfolgen, damit sich das Werk an der deutsch-schwedischen Abgrenzung für den Bau und Betrieb der Rheinbahnwerke bei Schwetzingen beteiligen kann.

**München, 17. Dez.** Als in der heutigen fortgesetzten Aussprache zum Staatshaushalt und zu den Interpellationen der nationalsozialistischen Abgeordneten Wagner, der bekanntlich seinerzeit die Bemerkungen über Außenminister Dr. Stresemann gemacht hat, die Rednerbühne betrat, verließen die Sozialdemokraten geschlossen den Sitzungssaal. Auch eine Reihe von Abgeordneten anderer Fraktionen folgte ihnen nach.

**München, 17. Dez.** Die Deutsche Volkspartei in Bayern (Nationalistische Partei) hat folgende Drohung an Reichsaussenminister Dr. Stresemann gerichtet: Tief entrüstet über den geplanten Schürkenstreich gegenwärtigen wir unseren Parteiführer, unsere Partei und unser Vaterland für die rechtliche Aufhebung des Bittentens.

**München, 17. Dezember.** Vom Strafgericht München wurde der frühere Reichsdirektor des Plonierbataillons, Josef Brimmel, wegen Verstoß militärischer Geheimnisse unter Jubiläum mildere Umstände zu 3 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Er hatte über sein Handeln nach der Tat Kunde empfangen und die Anzeige selbst erhalten. Die Beschlußfassung über die Bewilligung einer Bewährungsfrist wurde ausgesetzt.

**Dortmund, 17. Dez.** In der Mitteilung über die Zahlungsunfähigkeit der Stadt Dortmund teilt der Südliche Pressebrief Dortmund mit, daß die Gehälter und Löhne Ende Dezember ohne Abzug gestrichelt werden.

**Osabrück, 17. Dez.** In der vergangenen Nacht wurde dicht bei seiner Wohnung der zweite Direktor der Sparkasse des Landkreises Osabrück, Haarmann, durch Revolverkugeln getötet. Haarmann hatte mit dem Mörder zusammen zuubendgestanden. Der Mörder raubte seinem Opfer die Brieftasche mit 1000 Mk. und Papieren, konnte aber noch in der Nacht auf dem Bahnhof verhaftet werden.

**Leipzig, 17. Dez.** Wie wir erfahren, hat die bekannte amerikanische Firma Ford für die beiden Messen in Leipzig des Jahres 1924 einen größeren Ausstellungsplan befristet. Ford wird hier wie die anderen ausländischen Automobilfabriken neue Modelle von Personwagen, Lieferwagen und Traktoren ausstellen.

**Berlin, 17. Dez.** Der zur Rederei Kunstmann-Sittin gebelnde Dampfer „Inge Kunstmann“ ist heute vormittag bei der Kieler Förde kurz vor Einlaufen in den Kaiser-Wilhelmkanal infolge einer Kollision mit einem hiesigen Dampfer untergegangen. Die gesamte Mannschaft wurde gerettet. — Der Reichsbankbeamte Knold, der Unterschlagungen bei der Reichsbankkassenstelle in Charlottenburg in Höhe von beinahe einer halben Million Reichsmark verübte, wurde wegen bedrohender Lebensgefahr aus der Haft entlassen. Knold war bereits nur kurzen nach der Charge überführt worden, da er schwer an Diabetes erkrankt war. — Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm einen Antrag an, in allen Betrieben die 48stündige Arbeitszeit einzuführen und allen Gewerbetreibenden, die darum nachsuchen die Hauszinssteuer zu erlassen.

**Kiel, 17. Dez.** Von dem großen Schöffengericht wurde eine Bande von Ladendiebstahlern, die in einer Anzahl Schleswig-Holsteiner Städte und auch in Hamburg 500-1 000 Warenhausdiebstähle ausgeführt hatten, zu Zuchthausstrafen von 1½ bis 3½ Jahren verurteilt.

**Wien, 17. Dez.** Das Verbot des Verkaufs von Christbäumen, das die Boyerer vier Tage hindurch in Aufregung hielt, ist nun aufgehoben worden.

### Württembergischer Landtag.

**Stuttgart, 17. Dez.** In der heutigen Sitzung des Landtags wurde das Gesetz über den vorläufigen Schutz von Denkmälern und heimathlichen Kunstschätzen bis zum 31. Dezember 1927 verlängert. Ferner wurden das Oberamtstreuergesetz und der 2. Kredittrag zum Etat für 1925 in dritter Lesung angenommen. Bei der dritten Beratung des Baulandgesetzes gab es wieder eine längere Aussprache. Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag des Bauernbundes, des Zentrums, der

Deutschen Volkspartei und der Demokratie, wonach an Stelle des Ministeriums des Innern das Staatsministerium die Einleitung der Umlegung auf Antrag des Gemeinderats anordnen kann, wenn das öffentliche Wohl dies dringend erfordert. Mehrere Anträge des Abg. Dehmann (Soz.), der den Einfluß des Gemeinderats auf die Durchführung der Baulandumlegung wünschte, wurden abgelehnt. In der Schlussabstimmung wurde dann das ganze Baulandgesetz mit 44 gegen 20 Stimmen der Sozialdemokraten u. Kommunisten bei 2 Enthaltungen (BSP) angenommen. Alsdann setzte das Haus die 2. Beratung des Landessteuergesetzes fort. Im Laufe der Debatte wandte sich Finanzminister Dr. Dehlinger mit aller Entschiedenheit gegen die sozialdemokratischen Anträge auf Veränderung des Anteils der Gemeinden an den Ueberweisungseinnahmen. Solche Anträge seien zwar volkswirtschaftlich, liegen aber nicht erkennen, wobei man die Millionen nehmen solle, die sie dem Staat an Ausgaben verursachen würden. Mit solchen Anträgen habe auch die Inflation begonnen. Der Minister wies darauf hin, daß dem Staat an Reichssteuererträgen ein voranschreitendes Minus an Steuererträgen gegenüberstehe. Von der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer seien in Württemberg bis jetzt nur zwei Drittel eingegangen und es sei nicht sicher, ob das fehlende Drittel voll eingehen werde. Die Wirtschaftslage bedinge Steuererlöse. Der Etat zeige jetzt schon ein Defizit von 5 Mill. M., das gedeckt werden müsse. Es wäre eine leidenschaftliche Finanzpolitik, wenn er sich gegen solche Anträge nicht mit aller Macht wehren würde. Der Minister stellte eine baldige erhebliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer in Aussicht. Erst wenn diese Erhöhung eingetreten sei, könne man nachprüfen, in wie weit die Gemeinden an den Einnahmen aus dieser Steuer beteiligt werden können. In der Debatte sprach die Abg. August Dornung (Soz.), Scheef (Dem.), Winkler (Soz.) und Albert Fischer (Komm.) Wegen wird die Beratung fortgesetzt.

**Stuttgart, 17. Dez.** In der heutigen Sitzung des Landtags verlas der Abg. Winter (Soz.) einen Brief, den er von einem angeblich dem Zentrum angehörenden Schultheißen erhalten hatte. Der Berichterstatter einer hiesigen Zeitung deutete sich dabei mit einem Übermaß über die Verletzung der Treue, um zu dem Redner hinunterzusehen. Dadurch kam es auf der linken zu heftigen Äußerungen gegen die Vertreter der Presse, die von dem Abg. Kuggerer als „Kerle da draußen“ bezeichnet wurden. Der Abg. Winter sagte: „Ich möchte dem nur grad mein Wasserglas an den Kopf werfen.“ Dieser Vorfall gab dem Abg. Wülfinger (Soz.) am Schluß der Sitzung Anlaß zu einer Erklärung, wobei er betonte, die Erregung habe nicht den Berichterstatter in ihrer Gesamtheit getroffen, sondern nur einem einzelnen Herrn, der mit Hilfe des Übermaßes den Verfasser des Briefes habe feststellen wollen. Das sei schon öfters vorgekommen. Der Berichterstatter habe sich nur gegen eine derartige Ausnahmefälle wenden wollen. Der Abg. Wülfinger hat den Präsidenten, diesem Mißstand entgegenzutreten. Präsident Körner sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu.

### Das Urteil im Föhner-Prozess.

In dem Prozess wegen fahrlässiger Tötung des Oberlandesgerichtsrates Föhner wurde heute mittag in München das Urteil gefällt. Der Angeklagte Kauer wurde im Sinne der Anklage zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Das Gericht hielt einen Angriff auf Föhner nach dem Unfall für vollkommen ausgeschlossen, ebenso die vorsätzliche Verbeiführung des Unfalls. Der Staatsanwalt hatte gegen den Chauvinist Kauer wegen fahrlässiger Tötung des Oberlandesgerichtsrates Föhner eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten beantragt. Von der Verteidigung wurde nochmals festgestellt, daß die Gerichte über einen Raub an Föhner auf Wohnverhältnisse der Frau Föhner zurückzuführen sind. Der Verteidiger dankte den Behörden, daß der Fall reiflos aufgeföhrt wurde, und beantragt Freispruch des Angeklagten hyn. für den Fall einer Verurteilung Verbängung einer geringen Geldstrafe.

### Skandaliszene im sächsischen Landtag.

**Dresden, 17. Dez.** Die heutige Sitzung des Landtags begann mit einem ungeheuren Skandal. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Wötcher (Komm.), die Sitzung auf drei Stunden auszusetzen, um dem Rechtsauslaß Gelegenheit zu geben, die kommunistischen Anträge zu beraten, deren Beratung von den Sozialdemokraten dauernd verhindert worden war. Als der kommunistische Verhandlungsantrag mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt wird, begannen die Kommunisten zu schreien und zu lärmern. Auch die Tribünenbesucher, die sich zumeist aus Frauen und Mädchen zusammensetzten, beteiligten sich an dem Lärm. Von kommunistischer Seite fielen die Zurufe „Lampen, Lampen, Lampen!“ Darauf unterbrach der Präsident die Sitzung und ließ die Tribünen räumen. Die Besucher weigerten sich jedoch, freiwillig den Saal zu verlassen und mußten von den Landtagsbeamten hinausgedrängt werden. Mittlerweile war auch im Saal der Lärm größer geworden. Die Kommunisten schrien und Schreien gingen auf einzelne sozialdemokratische Abgeordnete mit geballten Fäusten zu. Den Kommunisten wird zugerechnet: Ihr habt ja die Leute erst ins Zuchthaus gebracht! Hierbei setzte wieder großer Lärm ein. Nur langsam ebte der Lärm ab und der Saal leert sich.

### Hochverratsprozesse gegen Kommunisten.

**Leipzig, 16. Dez.** Nach zweitägiger Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wurde heute nachmittag vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil gegen acht oberschlesische Kommunisten verkündet, die sich wegen Hochverrats und wegen Beihilfe zum Hochverrat zu verantworten hatten. Es wurden verurteilt: Der als „zweiter General“ in Ostpreußen bekannte Schloffer Emil Richter, sowie der Bauarbeiter Bertram zu je drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe, der Arbeiter Blittner zu drei Jahren Gefängnis und 300 M. Geldstrafe und der Arbeiter Boock zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 20 M. Geldstrafe. Wegen weiterer vier Angeklagte wurde das Verurteilen auf Grund des Annelinggesetzes eingestellt. Den Verurteilten werden 16 Monate Untersuchungshaft und die Geldstrafe angeordnet.

### Noch gibt keinen Auftrag zurück.

**Berlin, 17. Dez.** Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Die Fraktion...  
Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Arenan (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das dringendste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokratie und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelhafte Gegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert.“



kratie, wonach an Stelle  
sozialministerien die Ein-  
Gemeinderats anordnen  
dringend erfordert. (Reb-  
tag.), der den Einfluß des  
der Sozialdemokratie  
Schlussabstimmung wurde  
gegen 20 Stimmen der  
3 Enthaltungen (Bül-  
aus die 2. Beratung des  
der Debatte wandte sich  
der Entscheidung gegen  
Veränderung des Anteils  
Hessern. Solche Anträge  
nicht erkennen, wobei man  
dem Staat an Ausgaben  
tragen habe auch die In-  
darauf hin, daß dem  
ausführliches Risiko von  
an der Grund-, Gebäude-  
über bis jetzt nur zwei  
über, ob das fehlende  
Wirtschaftsnot bedinge  
Wirtschaftsnot bedinge  
Es wäre eine leidige  
solche Anträge nicht  
minister stellte eine be-  
zeuglicher in Aussicht  
sei, könne man noch  
an den Einnahmen an-  
In der Debatte sprach  
(Scheff (Dem.), Win-  
) Morgen wird die Be-  
tungen Sitzung des Land-  
einen Brief, den er von  
tenden Schuldeisen er-  
desigen Zeitung bean-  
die Prüfung der Trüm-  
Dadurch kam es auf  
gegen die Vertreter der  
als „Kette da droben“  
sagte: „Ich möchte den  
zu werfen“. Dieser Vor-  
Schluß der Sitzung An-  
ante, die Erregung habe  
bekanntheit gegolten, son-  
mit Hilfe des Ober-  
schließen wollen. Das  
Hörsaalbesucher habe sich  
wenden wollen. Der  
dem Mißstand entgegen-  
Prüfung der Angelegen-

Die Fraktion kann in der Formulierung, die ihr an Grund der  
Besprechungen der Partei neuerdings vorgelegt wurde, eine ge-  
eignete Grundlage für die Bildung dieser Regierung der Gro-  
ßen Koalition nicht erblicken. Das Zentrum erklärt, daß es  
auf den Boden der Richtlinien gestellt habe. Die Deutsche  
Volkspartei erklärte gleichfalls, daß sie zwar an einigen Stellen  
Bedenken zu erheben habe, sich trotzdem aber auf den Boden  
der Richtlinien stellen könnte. Derselbe Erklärung wie das  
Zentrum gab die Demokratie an. Der Abg. Reich erklärte für  
die Bayerische Volkspartei, daß sie von einer endgültigen Ziel-  
annahme abstehe. Der Abg. Koch stellte daraufhin fest, daß  
die Verhandlungen um die Errichtung der Großen Koalition ge-  
scheitert seien. Um 11 Uhr berichtete er dem Reichspräsidenten  
über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß  
die Große Koalition zurzeit nicht möglich sei, und gab deshalb  
dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag wieder zurück.  
Der Reichspräsident dankte dem Abg. Koch für seine mühselige  
Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch  
wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe.

Weiterführung der Geschäfte durch das Kabinett Luther.  
Berlin, 17. Dez. Im Hinblick auf die heute im Reichstag  
beschlossenen Weisungsbeschlüsse des Reichspräsidenten er-  
klärte der Reichspräsident dem Reichskanzler und die Reichsminister,  
die Geschäfte auch weiterhin weiterzuführen. Der Herr Reichs-  
präsident wird seine weiteren Entscheidungen in der Frage der  
Neubildung der Reichsregierung rechtzeitig vor dem am 12.  
Januar nächsten Jahres erfolgenden Wiedereintritt des Reichstages  
lassen.

Die Richtlinien Kochs.  
Berlin, 17. Dez. Die Richtlinien des Abg. Koch, die die  
Grundlage der Parteiführerbesprechungen der letzten Tage bil-  
den, werden nacheinander im Wortlaut veröffentlicht. Sie ent-  
halten folgende Punkte:  
1. Sicherung und Festhaltung der Verfassung und der Re-  
publik, sowie Kampf gegen alle verfassungswidrigen Elemente;  
2. Fortsetzung der Außenpolitik Luthers zur europäischen Ver-  
ständigung und zur Durchführung der Gleichberechtigung und  
Freiheit Deutschlands, sowie Mäßigkeitsbeschränkungen aller  
Staaten Europas; 3. Durchführung des Selbstbestimmungs-  
rechts der Völker, auch wo es sich um Deutsche handelt; 4.  
Beseitigung der Beziehungen der deutschen Minderheiten im Aus-  
land; 4. Befreiung des deutschen Bodens von fremder Be-  
setzung, Beseitigung der Abhängigkeit im Saargebiet, Gleich-  
berechtigung zur Luft; 5. Eintritt in den Völkerbund entspre-  
chend den Erklärungen der Regierung Luther; Annäherung  
der europäischen Staaten, um Europa eine wirtschaftliche,  
kulturelle und politische Stellung zu erhalten; 6. Herbeifüh-  
rung des europäischen Wirtschaftsfriedens, Verständigung der  
europäischen Völker über Produktion und Absatz, entscheidende  
Dankeverträge, Beteiligung an einer Weltwirtschafts-  
konferenz; 7. Förderung einer gesunden Erwerbs- und Wett-  
bewerbswirtschaft, Bekämpfung einer Verarmtstellung der  
Masse, Förderung der Umstellung der Wirtschaft durch Land-  
in-Land-Arbeiten von Regierung und Wirtschaftsfreien, hiezu  
jedenfalls Kredithilfe; 8. Intensivierung der Landwirtschaft  
und Förderung des Siedlungsbaus unter besonderer  
Verständigung der Verdächtigten; 9. Ein Gesetz zur Durch-  
führung einer gerichtlichen und mit dem Staatswohl vereinbaren  
Abfindung der ehemaligen Fürsten; 10. Ein neues Schul-  
gesetz nach den Grundsätzen des Art. 148 der Reichsverfassung  
unter Wahrung von Gewissensfreiheit u. Elternrecht; 11. So-  
zialistische und konfessionelle Gleichberechtigung bei der Be-  
setzung der Ämter; 12. Schaffung einer Arbeitslosenversicherung;  
13. Verabschiedung eines Arbeitsgesetzes, das den Arbeiter-  
schutz, den Frauenbeschutz und die Sonntagseruhe festsetzt  
und die Arbeitzeit im Rahmen des Washingtoner Abkommens  
auf der Grundlage des achtstündigen Arbeitstages regelt; Kati-  
fication des Washingtoner Abkommens unter der Voraussetzung,  
daß mindestens Frankreich und Belgien die Ratifikation voll-  
ziehen; 14. Ein Gesetzentwurf auf Grund des Artikels 165 der  
Reichsverfassung (paritätische Arbeitnehmervertretungen); 15.  
Rechtsleitende Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeits-  
losenversicherung, bis dahin Anpassung der Arbeitslosenunter-  
stützung an die wirtschaftliche Not; 16. Verabschiedung des Ar-  
beitserleichterungsgesetzes; 17. Nachprüfung des Steuerwesens zur  
Herbeiführung von Steuererleichterungen; besondere Rücksicht-  
nahme darauf, daß Lohn- und Umsatzsteuer und die übrigen  
direkten Steuern eines Abbaus im mindesten desselben Maßes  
bedürfen wie die Einkommen; Verdrängung der Steuerkon-  
trolle, dabei Beteiligung von Vertretern der Öffentlichkeit,  
Vereinfachung des Steuerwesens, Ersparnismaßnahmen im  
öffentlichen Haushalt; 18. Heranziehung von Lebersteuern aus  
Reichs-Post- und Branntweinmonopol, Abgrenzung des Auf-  
gabentreffes zwischen Reich, Länder und Gemeinden, erhöhte  
Selbstständigkeit der Länder und Gemeinden in der Deckung  
ihrer Ausgaben; 19. Begrenzung aller finanziellen Maßnah-  
men durch die Romwendigkeit, die deutsche Währung zu er-  
halten; 20. Verhütung eines Sachverständigen-Ausschusses zur  
Begutachtung und Durcharbeitung der vorgelegten wirt-  
schaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Zu einigen Punkten  
sind auf Grund der Parteiführerbesprechungen ausführliche  
Anmerkungen beigefügt worden.

Die sozialdemokratischen Programmpunkte.  
Berlin, 17. Dez. Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute die  
111 Programmpunkte, die die sozialdemokratische Reichstags-  
fraktion in der Besprechung der Parteiführer am Mittwoch  
unterbreitet hatte: 1. Reichsgesetzliche Regelung der Arbeits-  
losenversicherung mit rückwirkender Kraft auf Grund des demokrati-  
schen Antrages; 2. Ratifizierung des Washingtoner Abkom-  
mens bei der gleichzeitigen Antozisierung in Frankreich und  
Belgien; 3. schleunige Verabschiedung eines Arbeitsgesetzes unter  
Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitstages;  
4. Leistung von Überstunden nur nach tariflicher Vereinbarung;  
5. Annehmlichkeiten höherer Gewalt durch behördliche Rege-  
lung; 6. Erfüllung des Art. 165 der Reichsverfassung durch  
paritätischen Ausbau der Handels-, Handwerker- und Land-  
wirtschaftskammer, sowie Weiterbildung des endgültigen  
Reichswirtschaftsrats; 7. Als zur schleunigen Verabschiedung  
eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung weitere Er-  
hellung der Unterstützungslage, obligatorische Kurzarbeiter-  
unterstützung; Aufhebung der Bestimmungen über die Begren-  
zung der Unterstützungsdauer und Aufhebung der Lebersteu-  
erprüfung; Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf alle  
Angestellten, die Landarbeiter und die Hausangestellten; be-  
sondere Unterstützungsmassnahmen für die Ausgeworfenen und  
die bisher von der Unterstützung nicht Erhaltenen; 8. Bei Rege-  
lung von Steuern Vorrang der Grundsteuer, der Lohn-  
und Umsatzsteuer vor den Einkommen; Verwendung der Er-  
träge aus der Mietsteuer für den Wohnungsbau; Of-  
fenlegung der Steuerlisten.

Die Berliner Presse zum Schreiten der Großen Koalition.  
Berlin, 17. Dez. Die „Vossische Ztg.“ schreibt: „Die So-  
zialdemokratie wird sich den Vorwurf nicht erheben können,  
daß sie sich negativ eingestellt hat, wo positives Handeln am  
Wage gewesen wäre. — Die „Berliner Zeitung“ urteilt, die So-  
zialdemokratie denke eben nicht daran, sich unter die Führung  
des Zentrums und der Volkspartei zu begeben, sondern wolle

selber befehlen, oder wenn sie das nicht könne, lieber mit den  
Kommunisten um die Spitze für ihre Partei agieren. — Die  
„Deutsche Tageszeitung“ meint, das Verhalten der Sozialdemo-  
kratie beweise von neuem, daß es ihnen nicht auf sachliche Ar-  
beit ankomme, sondern lediglich darauf, das Zustandekommen  
der Koalition zu sabotieren. — Der „Kosakenzeiger“ meint, die  
Verhandlungen seien gescheitert, weil die Bedingungen für die  
Zusammenschließung einer Einheitsfront von Stresemann bis  
Scheidemann, ein aufrichtiges und vorbehaltloses Vertrauens-  
verhältnis zwischen den vier oder fünf oder sechs Parteien,  
von vornherein überhaupt nicht vorhanden gewesen wäre. —  
Der „Vorwärts“ bringt schon in der Leberkritik zum Aus-  
druck, daß das Mißtrauen gegen die Volkspartei den Fraktions-  
beschluss herbeigeführt habe, und meint, eine Einigung auf ein  
gemeinsames Programm wäre wahrscheinlich leicht gewesen,  
wenn die Verhandlungen nur zwischen den Sozialdemokraten  
einerseits und Herrn Koch und den ihm Gleichgesinnten an-  
dererseits zu führen gewesen wären. Sie wären unmöglich, weil  
sie zugleich auch mit Parteien geführt werden müßten, denen  
die sozialdemokratische Partei mit starkem Mißtrauen gegen-  
überstehe.

Deutscher Reichstag.  
Berlin, 17. Dez. In der heutigen letzten Sitzung des  
Reichstages vor den Weihnachtsferien wurde der Gesetzentwurf  
über die Ausfuhr von Kunstwerken durch den die Be-  
ordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken bis zum 31. Dez.  
1927 verlängert wird, in allen drei Lesungen endgültig ange-  
nommen. Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf über  
die Teilung der Landesversicherungsanstalt Schlesien und Er-  
richtung einer Versicherungsanstalt für die Provinz Oberschle-  
sien stellte sich die Reichstagsmehrheit des Hauses heraus.  
In der neuen Sitzung wurde die Vorlage nach dem Antrag des  
Zentrums an den sozialpolitischen Ausschuss zurückverwiesen.  
Die dann fortgesetzte dritte Beratung des Landwirtschaftsstaats  
wurde nach kurzer Ausrede abgebrochen und das Haus ver-  
tagte sich auf Dienstag, den 12. Januar nachmittags 3 Uhr.  
Berlin, 17. Dez. Die deutschnationale Reichstagsfraktion  
brachte einen Antrag ein, in dem sie mit Rücksicht auf die inner-  
wirtschaftliche Lage wie auch auf die Weltverhältnisse auf dem  
Weltmarkt zur Förderung der deutschen Ausfuhr die sofortige  
Einräumung erheblich verbilligter Ausfuhrkredite  
fordert.

Zum Rothmer-Prozess.  
Berlin, 17. Dez. In der Verhandlung der Berufs-  
inhalts im Prozess gegen die Gräfin Rothmer wurde der Herr  
Hauptmann Hester vernommen, der wiederum, wie bei der  
ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht, die Aussage auf  
die Frage des Vorherrschenden über seine Beziehungen zur Gräfin  
verweigert. Zur allgemeinen Überzeugung erklärte der als  
nächster Zeuge vernommene Herr Angeklagte, Graf Lud-  
wig Rothmer, daß er sich genötigt sehe, seine Aussage zu ver-  
weigern. Nach einer Berliner Korrespondenz soll diese Ver-  
weigerung in der Haltung des Grafen auf die Tatsache zurückzu-  
zuführen sein, daß er gestern beim Antzgerichter Potsdam die  
Verweigerung gegen seine Weibin einreichte. In der Nach-  
mittagsverhandlung des Berufsprozesses der Gräfin Roth-  
mer kam es zu einem Zwischenfall. Die Angeklagte erklärte  
sich außer Stande, genauer zu schildern, wie der bisher uner-  
mittelte angebliche Händler Gernersdorf, von dem sie verschie-  
dene Sachen gekauft haben will, das von ihr gekaufte Vorseil  
in seinem Koffer verpackt hatte. Sie brach plötzlich in Tränen  
aus, wobei sie mit erhobener Stimme äußerte, daß sie nicht mehr  
nachdenken könne. Dieser Punkt der Erörterung wurde daher  
amtschließend zurückgestellt. Der Herr Staatsanwalt sagte aus, er habe  
die Schuld auf sich genommen, weil er sich damals in bitterster  
Not befunden und für den Winter im Gefängnis habe Obdach  
haben wollen. Er habe die Bekundung der Gräfin er-  
halten, als er ihr gegenüber seine Schuld an den Vol-  
ziner Diebstahl angegeben habe.

Keine Luxusvilla des preussischen Ministerpräsidenten.  
Berlin, 17. Dez. Entgegen der Meldung mehrerer Pro-  
vinzialblätter, der preussische Ministerpräsident Braun lasse sich  
für über 100 000 M. in der Nähe Berlins eine vornehme Villa  
bauen, erklären die Blätter, daß es sich um ein kleines Land-  
haus von fünf Zimmern handle, das der Ministerpräsident  
nach seinem Ausscheiden aus dem Amt zu beziehen gedenke.

Ein Attentatsplan gegen Dr. Stresemann.  
Berlin, 17. Dez. In dem Attentatsplan gegen den Reichs-  
außenminister wird folgendes mitgeteilt: Gegen die beiden  
Verbreitern Rathhoff und Lorenz ist das Verfahren wegen Ver-  
gebens gegen § 1 des Republikstrafgesetzes eröffnet worden.  
Es wird darauf hingewiesen, daß in diesem Falle die Eröff-  
nung eines Verfahrens wegen Mordversuches nach dem Straf-  
gesetzbuch nicht möglich war, da nach den bisherigen Feststellun-  
gen nur vorbereitende Handlungen in Frage zu kommen schei-  
nen. Die „A. Z.“ gibt den Brief wieder, den Rathhoff an einen  
Münchener Rechtsanwalt schrieb, dessen Anzeige dann zur Ver-  
haftung führte. Der Brief ist datiert: Berlin-Stremenshald,  
2. Dezember 1926. In dem Brief heißt es: Ich habe den  
Reim gemacht Stresemann-Berwiesemann. Ich habe zwei Of-  
fiziere, die mitmachen und auch die Finanzierung ist all right.  
Es wäre mir sehr lieb, wenn Du ein paar Seiten schreiben  
würdest, daß ich für die Sache gut bin. Wenn Du mir auch  
noch als Referenz dienst, so ist das eine sehr wichtige Unter-  
stützung meiner Berliner und Medienburger Referenzen...  
Berwiesemann, das Schwein muß geküht werden. Ein Flug-  
zeug ist auch zur Verfügung. Die Tat geht auf mein Konto.  
Die zwei Offiziere tun mit.

Bermittliches.  
Ein großer D-Jugendschlach erbricht. Am 26. Oktober traf  
ein Goldschmied in Berlin mit dem D-Jug ein und  
zeigte alsbald der Polizei an, daß ihm während der Fahrt ein  
Koffer mit Jewelen im Werte von 30 000 M. gestohlen worden  
sei. Die polizeilichen Ermittlungen führten jetzt dahin, daß  
der Täter, der den angeblichen Diebstahl des Koffers mit  
26 000 M. versichert hatte, wegen Versicherungsbetrugs ver-  
haftet wurde.  
Neues Urteil im Rota-Prozess. In dem Verfassungsver-  
fahren im Prozess gegen den Direktor der Rota-Werke, die der  
Reichsbahn ersundene Reparaturen an Waggonen in Rechnung  
gestellt hatten, erkannte die Strafkammer gegen den Direktor  
Witz auf 1 Jahr Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, den  
Eisenbahn-Oberinspektor Rau wegen Beihilfe auf 6 Monate  
Gefängnis, den Obermeister Kutz auf 1 Monat Gefängnis  
und den Oberkassator Kauer auf 6 Monate Gefängnis. Kutz  
erhielt eine Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von  
300 M. Den Angeklagten wurde die Fähigkeit zur Bekleidung  
öffentlicher Ämter auf 3 Jahre abgesprochen. Von einem  
Geldbesehl gegen Witz wurde abgesehen.  
Das 1897 gegründete „Leipziger Tageblatt“ wird am 1.  
Januar 1928 mit der im gleichen Verlag erscheinenden „Neuen  
Leipziger Zeitung“ zusammengelöst. In der günstigen Ent-  
wicklung der „Neuen Leipziger Zeitung“ liegt die Erklärung  
für die vom Verlag beschlossene Maßnahme. Beide Morgen-  
blätter bewegen sich politisch in der gleichen bürgerlich-repu-  
blikanischen Richtung.

Die Lage der Schmuckwarenindustrie in Hannover ist ebenso  
wie in den anderen Hauptfabrikationsstätten unbefriedigend  
und hat selbstverständlich unter der allgemeinen Geld- und  
Kreditnot mit am schwersten zu leiden. Aufträge laufen ein,  
jedoch ist die Beschaffung der erforderlichen Rohmaterialien  
mit großen Schwierigkeiten verknüpft. In der Fabrikation  
sind Juwelenhersteller durchweg kurzgeatet. Die  
Fabrikation von Schmuckwaren ist leicht beschäftigt, ebenso die  
Fabrikation von Silberwaren. Die Vorgänge im Ausland auf  
dem Gebiete der Schmuckwarenindustrie werden mit Interes-  
santkeit und wohl auch mit Besorgnis verfolgt. Namentlich in  
Italien scheint sich eine eigene Schmuckwarenindustrie zu  
entwickeln, die die Abhängigkeit der deutschen Industrie  
empfindlich bescheiden wird.

Ein interessanter Prozess. Naturgewalt oder Fahrlässig-  
keit? Diese Frage bildete den Hauptgegenstand der Verhand-  
lung, die Dienstag im Eisenacher Schöffengericht stattfand. Als  
in der Umgegend von Herbsdorf-Werra schwere Gewitter tob-  
ten, glühten plötzlich einige Drähte der Ortstromleitung. Bei  
den Operationen der herbeigerufenen Feuerwehler wurden drei  
Mann vom elektrischen Strom getötet. Der Elektrotechniker  
des dortigen Kraftwerkes ist wegen fahrlässiger Tötung ange-  
klagt, weil die Einrichtung des Transformators äußerst man-  
gelhaft gewesen sein soll, während er in der Vernehmung  
behauptete, daß schon vor dem Unglücksfälle einige Drähte ge-  
rispen waren, wovon ihm keine Meldung gemacht wurde. Das  
Gericht hingegen kam zu der Überzeugung, daß der Ange-  
klagte fahrlässig gehandelt habe und verurteilte ihn nach § 222  
zu 10 Monaten Gefängnis.

Passiver Widerstand bei Zwangsversicherungen. Das  
neueste, was die allseitig lebhaft bewegten Wähler aus-  
gedacht haben, ist der passive Widerstand bei Zwangsver-  
sicherungen. In einem Doche am Fuße des Donnerberges hatte  
ein Gerichtsvollzieher auf einem Bauernhof eine größere Wö-  
belerweiterung anberaumt. Er erschienen auch etwa 50 Ver-  
sicherten, aber kein einziger machte ein Angebot. Das sollte ein  
Einbruch dagegen sein, daß man in so schwerer Zeit der-  
artige Gewaltmaßnahmen gegen Schuldner ergreift. Auch in  
einem Nachbarort verlor eine Zwangsversicherung völlig  
ergebnislos, weil die ganze Gemeinde einen ähnlichen Streik  
beschlossen hatte.

Verkehrsbeschränkung in der Fahrdr. u. Automobilindustrie.  
Die Firma Opel hat durch Anschlag ihren Arbeitern be-  
kanntgegeben, daß bis auf weiteres in der Abteilung für Fahr-  
räder und in der Abteilung für Kleinautos nur an drei Tagen  
in der Woche und in der Abteilung für große Wagen nur an  
vier Tagen in der Woche gearbeitet wird.  
Geheimnisvolle S.C.S.-Rufe. Wenn ein Schiff sich in  
größerer Not befindet, sucht es nach allen Richtungen die drei  
Buchstaben: S.C.S. save our souls, rettet unsere Seelen.  
Dieses Rotzeichen ist in den letzten Tagen in Newport von  
den Küstenschiffen in einer ganzen Reihe von Fällen ange-  
hängen worden, ohne daß sich die Spuren zu einem in See-  
unbefindlichen Schiffe hatten verfolgen lassen. Die Newpor-  
ter Küstenschiffe sind deshalb der Ansicht, daß das S.C.S.-Zeichen  
von Alkoholhändlern abgehängt worden ist, um den Küsten-  
wache ihre zu führen und die Bootschiffe auf falsche Spu-  
ren zu locken. Wie man sieht, scheuen die Alkoholhändler  
bei ihrem Kampf gegen die Küstenschiffe auch vor den ver-  
werflichsten Mitteln nicht zurück.

Die Urgeschichte des Enzgebirges. Für den Böhmerwald zu  
Weihnachten können wir das Werden von Karl Friedrich  
Stachle: „Die Urgeschichte des Enzgebirges“ nicht warm genug  
empfehlen. Stachles Urgeschichte gibt auch dem Laien, dem die  
Vorgeschichte völlig fern liegt, eine sichere Einführung in dieses  
Teilgebiet der Heimatkunde, ohne dabei die großen wissenschaft-  
lichen Höhe aus dem Auge zu verlieren. Es schöpft den Stoff  
aus dem Vollen; selteneres Fundmaterial und eine feste Vertraut-  
schaft des Verfassers mit der Materie haben dieses Werk ent-  
standen lassen, das auch besonders durch die lebendige Gestaltung  
in der Sprache aus dem Rahmen ähnlicher Arbeiten weit her-  
vortritt. Es ist dieses Werk, das gewiß den Leser packen und  
den Sinn für die Vorzeit seines eigenen Volkes wecken wird,  
an der er bisher achtlos vorbeiging, besonders den Schulan zu  
empfehlen. Für diese bietet es eine treffliche Einführung in die  
Urgeschichte, da, wie schon betont, der Kreis der großen vor-  
geschichtlichen Zusammenhänge vom Verfasser nie aus dem  
Auge verloren wird. Das Werk ist um den äußerst billigen  
Preis von 2 M. (trotz zahlreicher Tafeln und vier Hunderten)  
durch die Buchhandlungen oder direkt durch das Urgeschicht-  
liche Forschungsinstitut Tübingen zu beziehen. Bei Sammel-  
bestellungen weitere Ermäßigung.

## Strafbefehl.

Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen

1. **Treiber, Gottlieb**, geb. Calmbach 9. 6. 1865, verh. Logführer,
2. **Treiber, Paul**, geb. Calmbach 29. 6. 1902, led. Säger,
3. **Treiber, Marie**, geb. Volle, geb. Calmbach 27. 5. 1867, sämtliche in Calmbach, O.A. Neuenbürg,

wegen je eines Vergehens gegen §§ 185, 186, 200 St.G.B.'s gegen den Beschuldigten § 1 eine Geldstrafe von 40 Mark, § 2 eine Geldstrafe von 30 Mark, § 3 eine Geldstrafe von 20 Mark, und im Falle diese nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von 1 Tag für je 5 Mark festgesetzt, auch denselben nach Maßgabe der §§ 464 und 465 Abs. 1 der St.P.O. die Tragung der Kosten des Verfahrens und des Strafvollzugs auferlegt.

Schuhmann Krauß hat die Verfügung, die Verurteilung der Beschuldigten auf deren Kosten einmal im „Enzfelder“ öffentlich bekannt zu machen und zwar innerhalb einer Woche nach Zustellung einer vollstreckbaren Ausfertigung dieses Strafbefehls.

Neuenbürg, den 9. November 1926.  
Amtsgericht.  
(ges.) Hoffert G.N.

## Für Weihnachts-Lotterien

liefert  
**Röllchen-Lose (Rieten und Treffer),  
sowie Kleber**  
den verehrl. Vereinen zuverlässig, rasch und billig  
**G. Meck'sche Buchdruckerei, Neuenbürg,**  
Inh.: D. Strom.

Mäntel und Anzüge für Herren und Burschen zu bekannt billigen Preisen

Konfektionshaus **GLOBUS** Leopold Blum

Westliche 38 **Plorzheim** Westliche 38

In meinem **Total-Ausverkauf Knaben-Anzüge** und **Mäntel** besonders **billige Angebote**

Montag von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

**PHANKO**  
**Pfannkuch**  
Für die  
**Weihnachts-  
Bäckerei:**  
Süddeutsches  
**Weizen-Wehl  
Spezial 0**  
5 Pfund . . 1.18  
Feinstes Auszugsmehl  
5 Pfund . . 1.88  
Allerfeinstes  
**Konjunktmehl**  
in prakt. Handtaschförmchen  
5 Pfund . . 1.70  
10 Pfund . . 3.30  
**Kolofortt**  
1 Pfd. . . 70  
Zafel . . 70  
**Rafbutter**  
(Margarine)  
1 Pfund . . 85  
**Schweineschmalz**  
7 Zafelbutter  
**Pfannkuch**  
Neuenbürg.

**Optik**  
Empfehle auf  
**Weihnachten**  
meist schönes Lager in  
sämtlichen Sorten  
Stand-, Wand- und  
Taschen-Uhren,  
Weckern,  
Barometern,  
Thermometern,  
Brillen u. Zwickern.  
Hochachtung!  
**Chr. Höhn,**  
Uhrmachermeister und  
Optiker.

Schwann.  
**Obstbäume,**  
Kern- u. Steinobstbäume  
in Hoch- und Halbstämmen,  
sowie Pyramiden und Busch  
empfehle in schöner Ware  
**Carl Bentner,**  
Handelsgärtner, Baumschulen  
und Samenhandlung.

**Wirt. Amtsgericht Neuenbürg.**

Eintragung in das Handelsregister, Abt. für Gesellschafts-  
firmen vom 13. Dezember 1925 bei der Firma **Triemel &  
Kreuzler**, Bougeschäff, Eich Höfen a. d. Enz: Die offene  
Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft wird unter  
andererlei Firma von dem früheren Gesellschafter Ernst  
Kreuzler, Kaufmann-Adress a. d. Enz fortgesetzt.

**Wirt. Amtsgericht Neuenbürg.**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des  
**Karl Mappus**, Händlers in Neuenbürg, wurde in Folge  
eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu  
einem Zwangsvergleichsvergleichstermin auf Dienstag,  
29. Dezember 1925, vormittags 9 Uhr, vor dem  
Amtsgericht in Neuenbürg anberaumt. Der Vergleichsvor-  
schlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf  
der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der  
Beteiligten niedergelegt.  
Den 12. Dezember 1925.

**Verkauf eines Wasserwagens.**

Am Mittwoch den 23. Dezember 1925, vormittags  
11 Uhr, wird im Rathausaal der durch Neuananschaffung  
eines Motorsprennwagens entbehrlich gewordene bisherige  
**Straßen-Sprengwagen**  
öffentlich verkauft.  
Wegen Besichtigung desselben wolle man sich an das  
Stadtbauamt Wildbad wenden.  
Wildbad, den 17. Dezember 1925.  
Stadtpflege.

**Herzliche Bitte.**

Das Jugendamt Neuenbürg erlaubt sich für besonders  
bedürftige in seiner Fürsorge stehende Kinder um Weihnachtsg-  
 Gaben zu bitten. Es handelt sich um die zahlreichen Fälle,  
in denen im Rahmen der gesetzlichen Fürsorge befriedigende  
Abhilfe nicht geschaffen werden kann. Geldspenden, Kleider,  
Wäsche, Schuhe, Betten, Bücher, Lebensmittel und Spiel-  
sachen werden dankbar angenommen. Annahmestelle: Jugend-  
amt, Enzring 462.

Neuenbürg, den 14. Dezember 1925.

Geschäftsführer: **W. B.** Bezirksfürsorgerin: **U. B.**

**Turn-Verein Neuenbürg.**

Der Turn-Verein hält am 19. ds. Mts.,  
abends 7/8 Uhr, im Gasthof z. „Bären“  
einen

**Familien-Abend**

ab, verbunden mit turnerischen, theatralischen und  
gesanglichen Darbietungen, wozu unsere werden  
Mitglieder mit Angehörigen freudl. eingeladen sind.

Der Turnrat.

Als praktische  
**Weihnachts-Geschenke**

empfehle in prima Qualität zu allerbilligsten Preisen:

**Strümpfe**

In Macco, Wolle, Seidenflor, Seide.

**Strickwesten**

Fasson- und Sportwesten.

**Socken**

In gestrickt Macco und Seidenflor.

**Schals**

In Chenille, Seide und Wolle.

**Gamaschen**

gestrickt und Trikot.

**Trikotagen**

Macco und Wolle.

**Handschuhe**

In Trikot, Wolle, Glasé gefüttert.

**Taschentücher**

weiss und farbig, reiche Auswahl.

Fritz

**Schumacher**

Leopoldstr. 1 **Plorzheim** Leopoldstr. 1

Sonntag vor Weihnachten geöffnet.

**Weihnachtsbitte.**

Um den vielen Kranken im Bezirkskrankenhaus eine  
Weihnachtsfreude bereiten zu können mit Weihnachtsfeier und  
Bescherung bitten um Zuwendung milder Gaben  
Oberamtspfleger **Rüdler,**  
Oberchwester **G. Wagner.**

Neuenbürg.

**Für die kommenden Feiertage**

empfehle ich den Herren Wirten  
und Privaten



**Weiß- und Rotweine**

aus den Jahrgängen 1922 bis 1924  
zu günstigen Tagespreisen.

**Alb. Dester, Weinhandlung.**

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg!

Neuenbürg.  
**Morgen Samstag**



**Schlachtpartie**

bei **Scholl z. „Tranbe“.**

Neuenbürg.  
**Wiegenpferde,**  
**Eisenbahnen,**  
**Autos,** sowie  
**mech. Spielwaren,**  
**Christbaumschmuck,**  
**Engelhaar,**  
**Wunderkerzen,**  
**Christbaumständer,**  
**Weihnachtskerzen,**  
**Schlitten,**  
**Schlittschuhe**  
empfehle billigst  
**A. Lustnauer Nachf.**

**PHANKO**  
**Pfannkuch**  
Für die  
**Weihnachts-  
Bäckerei:**  
**Rosinen**  
**Korinthen**  
**Sultaninen**  
**Mandeln**  
**Hafelnkerne**  
**Kolofoden**  
**Zitronat**  
**Drangeat**  
Garantiert reinen  
**Bienenhonig**  
1 Pfd. Glas 1.90  
**Für Hugelbrot:**  
**Frisen**  
**Vi-schnitzte**  
**Pflanzen**  
**Mischobst**  
**Pfannkuch**

Schöberg.  
Empfehle meine reich-  
haltige Auswahl in  
**ff. Likören,**  
beliebtester Marken, sowie  
besten Sorten Cognac  
**Asbach Uralt, Mercedes,**  
**Winkelhausen, Vorch.**  
**Weinbrand usw.,**  
sowie  
**Heidelbeergeist,**  
**Kirschgeist u. a.,**  
alles in billigster Be-  
rechnung.  
**Adolf Theurer,**  
Telefon 17.  
ältestes Spirituosen-  
geschäft am Plage.  
NB.: Roggenbrand-  
wein, offen, per 1 Liter  
3 Mark.

Bernbach.  
**Abbitte.**  
Der Unterzeichnete nimmt  
die von ihm gegenüber dem  
Holzhauer Oswald August Sieb  
in Bernbach in der Wirtschaft  
zur Blume daselbst über die  
im Wirt. Staatswald beschäf-  
tigten Holzhauer von Bernbach  
gemachten Anfechtungen „das  
einmal diese Faulenzerei auf-  
höre, gearbeitet wird ja doch  
nicht, bloß gefaulenz“ zurück  
und leistet denselben Abbitte.  
**Matth. Sieb.**

**Makulatur,**  
große ganze Zeitungen, gibt  
in kleinen und großen Mengen  
ab Verlag „Der Enzländer“.

